

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Donnerstag, den 20. September 1883.

N^o 93.

Der Kampf im Wahlkreise des Herrn v. Bennigsen.

Wer jemals in der Lage gewesen, einen Sturm an der See zu beobachten, weiß, daß die Wellenbewegung an der Küste noch eine Weile fortbauert, wenn da, wo diese Bewegung ihren Anfang genommen d. h. auf der hohen See, die Ruhe bereits wiedergestellt und die Gewalt des Windes gebrochen ist.

Ähnlichen Erscheinungen begegnet man zuweilen im politischen Leben. Parteien, deren Bedeutung im Centrum des staatlichen Treibens längst in der Abnahme begriffen ist, spielen in den weiteren Kreisen oder, um einen mathematischen Ausdruck zu brauchen, an der Peripherie noch ein Weile die frühere Rolle weiter fort; es bedarf einiger Zeit, bis die neue Bewegung der Geister sich über das gesammte Kreisgebiet fortgepflanzt hat.

Wenn — wie das neuerdings vorgekommen — fortschrittliche und secessionistische Candidaten in weiter abliegenden, oder von dem Einfluß des vorgeschrittenen Liberalismus bisher unberührt gebliebenen Einflüssen Wahlerfolge erringen, so erinnert das lebhaft an die oben erwähnte Naturerscheinung. — An den im Verlauf der letzten Jahre gefallenen wichtigen Entscheidungen haben Fortschritt und Seceßion so gut wie gar keinen Antheil gehabt; der Widerstand, den diese Parteien der socialpolitischen Reform, dem neuen Wirthschaftssystem, dem Abschluß der Verwaltungsgesetzgebung u. s. w. geleistet haben, wird in den Kreisen der liberalen Politiker von Einsicht und Erfahrung grade so ungünstig, zuweilen noch ungünstiger beurtheilt, wie von den Conservativen. Daß für ein parlamentarisches Parteiregiment in Preußen und Deutschland alles Material fehlt, — daß ein starkes, von einer kundigen Hand gelenktes nationales Heer die unentbehrlichste Bürgschaft für den Frieden und die Sicherheit des Vaterlandes bildet, — daß das dringendste aller Zeitbedürfnisse die Besserung der materiellen Lage der besitzlosen Klassen ist, — und daß unsere „Vorgeschrittenen“ bezüglich dieser entscheidenden Punkte, wie mit Blindheit geschlagen sind, darüber besteht unter ernsthaften politischen Männern schon seit einiger Zeit Uebereinstimmung!

Das verhindert aber nicht, daß die fortschrittlich-secessionistische Agitation an manchen Orten noch immer ihre kleinen Geschäfte macht und daß Wähler, für welche die lautesten und rückichtslossten Agitatoren und Schreier alle Male Recht haben, sich gelegentlich für eine Partei anwerben lassen, die thatsächlich ausgespielt hat und nur noch als Hemmnis für die im Fluße begriffene Reformbewegung in Betracht kommt: das ist nicht nur seiner Zeit in einem Stettiner Wahlkreise und vor 14 Tagen in Torgau-Liebenwerda, sondern neuerdings auch in den 19. hannoverschen Wahlkreise, dem alten Stammsitz des Herrn v. Bennigsen beobachtet worden. Unter denselben Wählern, die länger als ein Jahrzehnt auf den gemäßigten und bedeutendsten Vertreter des Nationalliberalismus ihre Stimmen vereinigt hatten, ist zu Folge fortschrittlicher Wählereien eine Stichwahl zwischen Herrn v. Bennigsen's Nachfolger Gottendorf und dem Fortschrittler Cronmeyer nothwendig geworden. Eine Wendung nach Links, wo die umgekehrte Bewegung recht eigentlich das Erkennungszeichen der allgemeinen politischen Lage bildet, — eine Hinneigung zu denselben Ideen, die im praktischen Staatsleben Bankrott gemacht haben, ein augenblickliches Vordringen derselben Männer, die zu dem Ausschneiden des bisherigen Vertreters des 19. Wahlkreises erheblich mitgewirkt, den auch von diesem als unvermeidlich anerkannten Zielen den unheilvollsten Widerstand bereitet haben! Und das, nachdem die Ergebnisse der letzten parlamentarischen Session un widersprechlich bewiesen haben, daß die Mehrheit der Nation durchaus Recht hatte, als sie bei Gelegenheit der Wahlen

vom Herbst des vorigen Jahres den Parteien des vorgeschrittenen Liberalismus den Rücken wendete!

An dem ein Mal in Bewegung gekommenen Gang der Dinge wird natürlich Nichts geändert, wenn die Opposition hier oder da eine Stimme mehr erlangt. Wohl aber wird nothwendig sein, daß wir uns durch die Erfolge dieser verspäteten Nachzügler nicht beirren lassen und die Augen offen behalten. Noch steht es so, daß der Agitationslärm den Ausschlag giebt und weil es so steht, sollten alle Deutschen, die ihre Zeit begriffen haben, in der unermüdblichen Arbeit für die Verbreitung gesunder und praktischer Anschauungen keinen Augenblick feiern.

Die bevorstehenden Gemeindewahlen in Berlin.

Die Wahlagitation für die bevorstehenden Gemeindewahlen in Berlin bietet auch ferner stehenden Kreisen ein Interesse, zumal sie sich mehr und mehr politisch zugespitzt hat.

Es stehen sich hier drei Parteien gegenüber: die Fortschrittspartei, welche im Besitze der Herrschaft ist und ihren Besitzstand zu vertheidigen bemüht ist, ferner die deutsche Bürgerpartei, welche sich aus Conservativen und liberalen Gegnern der Fortschrittspartei zusammensetzt, und drittens die Arbeiterpartei, welche eine Vertretung der Arbeiterinteressen durch Arbeiter in der Stadtverordnetenversammlung anstrebt, aber vermuthlich in einzelnen Bezirken für die Fortschrittspartei, in anderen für die Bürgerpartei ihr Gewicht in die Waagschale legen dürfte.

Die Fortschrittspartei hat schon in dem Beschlusse wegen Auflösung der Stadtverordnetenversammlung einen Angriff auf ihre Herrschaft in der Communalverwaltung erblickt. Sie bemüht sich denn auch, hieraus für ihre Zwecke Capital zu schlagen und die im wohlverstandenen Interesse der Bürgerschaft und zum Zweck einer gleichmäßigen Vertheilung des Wahlrechts beschlossene Maßregel als ein ungerechtfertigtes, gegen sie gerichtetes Vorgehen darzustellen. Diese Frage ist aber allmählich in den Hintergrund getreten gegenüber den von Seiten der deutschen Bürgerpartei gegen die bisherige fortschrittliche Verwaltung erhobenen Vorwürfen und gegenüber dem Verlangen nach einer Reform der städtischen Steuern, welche die Bürgerpartei als Parole ausgegeben hat: einerseits wird die bisherige Verwaltung als zu kostspielig bezeichnet und zweitens wird eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast, namentlich aber die Reform oder die Beseitigung der insbesondere die ärmeren Klassen drückenden Miethsteuer gefordert. Auch die Arbeiterpartei will Steuerreform und macht der Fortschrittspartei zum Vorwurf, daß sie in der Stadt noch nicht die zwei untersten Stufen der Gemeindesteuer aufgehoben habe, wie es der Staat gethan hat.

Die Fortschrittspartei befindet sich hierbei im Vertheidigungszustande, sie spielt also eine Rolle, die ihr bisher im politischen Leben noch nicht zugefallen ist. Alle ihre Redner in den Versammlungen und alle ihre Flugblätter zählen nun die Verdienste auf, welche die Fortschrittspartei für die Entwicklung von Berlin zu haben glaubt: die Schönheit der Straßen, Plätze, Brücken, welche der Fremde anstaunt, ist natürlich nur ein Werk der Fortschrittspartei; von dem Einfluß, welchen die politische Entwicklung Preußens und des Reichs auf die Hauptstadt ausgeübt, sieht sie vollständig ab, und daß unter einer conservativen Verwaltung unter den gleichen Umständen vermuthlich ganz dasselbe geleistet worden wäre, ist ein Gedanke, welcher der ihres Werthes sich so sehr bewußten Fortschrittspartei noch nicht einen Augenblick gekommen ist. Ganz besonders interessant ist es aber, wie sie sich bemüht nachzuweisen, wie gerecht sie die Steuern vertheilt habe,